

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 90 (2010)
Heft: 978

Artikel: So tust du, was ich will
Autor: Sprenger, Reinhart K.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-168518>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

9.

Bürger sollten für ihre Altersvorsorge nicht von Finanzanlagen oder vom Rat fehlbarer «Experten» abhängen. Das Wirtschaftsleben sollte von der Finanzindustrie abgekoppelt werden. Wir sollten lernen, die Märkte nicht als Lagerhäuser für Wertaufbewahrung zu benutzen – sie weisen nicht jene Sicherheit auf, die normale Bürger brauchen. Bürger sollten sich um ihre eigene Geschäftstätigkeit (die sie selbst kontrollieren) sorgen können und nicht um ihre Investitionen sorgen müssen (die sie nicht kontrollieren).

10.

Benutze zerbrochene Eier zu einer Omelette. Aus dieser Krise lässt sich nicht mit Klittereien wieder herauskommen, genauso wenig wie ein Boot mit morschem Rumpf durch Flickwerk wieder seetüchtig gemacht werden kann. Wir müssen den Schiffskörper neubauen, mit neuem (stärkerem) Material; wir müssen das System neu machen, bevor es dies von sich aus tut. Wir sollten freiwillig zum Kapitalismus 2.0 übergehen – indem wir alles ungehindert zu Bruch gehen lassen, was kaputtgehen muss; indem wir Schulden in Risikokapital umwandeln; indem wir das Ökonomen- und Business-School-Establishment entmachten; indem wir den Wirtschaftsnobelpreis abschaffen; indem wir kreditfinanzierte Firmenübernahmen (*leveraged buy-outs*) verbieten; indem wir Banker dorthin verweisen, wo sie hingehören; indem wir die Boni von denen zurückfordern, die uns in den Dreck gefahren haben; und indem wir den Leuten beibringen, sich in einer Welt mit weniger Sicherheiten zu rechtfzufinden.

Dann erleben wir eine Wirtschaft, die unserem biologischen Umfeld eher entspricht: kleinere Unternehmen, eine reichhaltigeres Ökosystem, kein Leverage – eine Welt, in der Unternehmer die Risiken tragen, nicht Bankiers; eine Welt, in der jeden Tag, unbeachtet von den News, Unternehmen zur Welt kommen oder aus ihr verschwinden können.

Mit anderen Worten: einen Ort, der besser gefeit ist gegen schwarze Schwäne und andere Unwahrscheinlichkeiten.

aus dem Amerikanischen von René Scheu

NASSIM NICHOLAS TALEB, geboren 1960 im Libanon, ist Wertpapierhändler, Finanzmathematiker, Professor für Risk Engineering an der New York University und Autor des in mehrere Sprachen übersetzten Buches «Der schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse» (2008). Der Text wurde zuerst in der «Financial Times» abgedruckt und erscheint hier erstmals in deutscher Übersetzung.

So tust du, was ich will

Ködern oder zwingen? Wie die Politiker unser Handeln steuern, ohne dass wir es merken

Reinhard K. Sprenger

«Nudge» heisst das erfolgreiche Buch, das der amerikanische Ökonom Richard Thaler zusammen mit dem Verfassungsrechtler Cass Sunstein jüngst veröffentlicht hat. «Nudge» heisst so viel wie «Stups», und wohin der Stups gehen soll, wird im Untertitel klar: «Wie man kluge Entscheidungen anstösst». Der Anspruch des Buches besteht in nicht weniger, als Menschen durch psychologische Tricks und Kniffe dazu zu bringen, «bessere» Entscheidungen zu treffen. Und dies, ohne sie in ihrer Freiheit einzuschränken. Die meisten Vorschläge folgen dabei der Strategie «Ködern», also der präferenzpsychologischen Anordnung bzw. geschickt dekorierten Alternativvernichtung. So wollen die Autoren zu einer «besseren» Welt beitragen. Ihre Botschaft: «Tue DU, was ICH will – aber freiwillig!»

Diese Botschaft wird von der Politik gerne gehört. Denn diese greift für das staatliche «Ausgleichen», für das «Fördern» und «Schützen» nur ungern zum «bösen» Mittel des gesetzlichen Zwangs. Ihr Motto: «Tue, was ICH sage, sonst schadest DU dir selbst.»

Die vorherrschenden Lenkungshilfen sind Belohnen und Bestrafen – aber selbstregelnd, d.h. mit Hilfe eines Systems, das allein aus der Initiative des Bürgers heraus funktioniert. Verhält er sich angepasst, erhält er automatisch seine vorausberechnete Belohnung. Bleibt er eigensinnig, fällt die Belohnung weg.

Die Belohnung wird in diesem System als Ködermaterial prozentual vom Einkommen als Steuer zunächst einbehalten und dann bei erbrachter Anpassungsleistung gleichsam zurückerstattet. Der grosse Vorteil aus der Sicht des Staates, analog zu Thaler/Sunstein: die Freiheit des Bürgers bleibt formal erhalten. Das System regelt sich von allein – der Bürger kann entscheiden und trägt die Konsequenzen.

Die Frage aber bleibt: Ist das noch Freiheit? Oder ist das eine Sonderform des Zwangs, indem man ein Angebot macht, aber künstlich Kosten definiert, die im Falle der Ablehnung entstehen? Noch weitergehend: Ist ein Mensch nicht nur dann wirklich frei, wenn er ein Angebot kostenlos ablehnen kann?

Es ist schwer, die Weise, wie Menschen über Menschen regieren, zu unterscheiden von der Weise, wie Menschen angehalten werden, sich selbst zu regieren. Denn Gelegenheiten und Tätigkeiten sind verklammert. Man stösst immer auf Vorgaben, durch die man passiv bestimmt ist, zu denen man sich aber aktiv verhält. Und so können die Vertreter des «Nudging» mit einem Recht behaupten, jede staatliche Regel beeinflusse das Verhalten der Bürger. Es gibt keine neutrale Politik. Daher sei es doch in Ordnung, in die «richtige Richtung» anzustossen.

Ist eine Handlung verboten, ist es zum Beispiel untersagt, umweltbelastende Maschinen zu betreiben, so hat der Staat in die Freiheit des einzelnen eingegriffen. Ob und inwieweit das jeweils zu rechtfertigen sei, ist eine Frage, die ich hier nicht klären möchte. Aber die Sachlage ist klar. Der Bürger weiss sich gezwungen oder zumindest rechtlich gebunden. Bei der Steuerung durch Steuern hingegen – beispielsweise Abschreibungsmöglichkeiten für umweltschonende Maschinen – wirkt der Eingriff des Staates unauflässiger. Die Politikziele werden an die Selbststeuerung geknüpft. Sie eröffnen ein Möglichkeitsfeld, sie stacheln an, lenken ab, erleichtern oder erschweren. Der Steuervorteil gibt dem Bürger ein Motiv, das aber mit der Sache selbst nichts zu tun hat, sondern an seine finanziellen Bedürfnisse appelliert.

Greift der Bürger dieses Motiv auf, dann entscheidet er sich freiwillig. Er tut allerdings etwas, was er ohne den Lenkungsimpuls vielleicht nicht tun würde. Der finanzielle Vorteil lockt und verdrängt die sachlogischen Motive. Diese Taktik des Staates bedient sich damit einer «liberalen»

**Es ist schwer, die Weise,
wie Menschen über Menschen
regieren, zu unterscheiden
von der Weise, wie
Menschen angehalten werden,
sich selbst zu regieren.**

Denkfigur, wonach die Wahl den freien Willen ausdrückt und die einzelnen sich die Handlungsfolgen selbst zuzuschreiben haben.

Wenn wir also anerkennen, dass eine «grenzenlose» Freiheit inhaltlich leer und gesellschaftlich nicht praktikabel ist, dass Freiheit also immer Freiheit innerhalb von Grenzen ist, dann müssen wir zugeben: die Grenzen der Freiheit sind durch finanzielle Anreize nicht enger gezogen. Der Bürger kann entscheiden: Steuervorteil oder Steuernachteil. Der Bürger ist nicht gezwungen, die umweltbelastende Maschine abzuschaffen. Die rechtsstaatlich garantierte Freiheit des

Andersdenkenden, Andershandelnden und Anderslebenden ist nicht verletzt.

Wie aber erlebt der einzelne diese Situation? Die grundsätzliche Wahlmöglichkeit ist nicht zu trennen von der steuerbewehrten Forderung, diese Freiheit spezifisch, d.h. zum eigenen Vorteil zu gebrauchen. Der Steuerstaat zwingt nicht, aber er schafft Wahrscheinlichkeiten. Der Bürger wird auf sanfte Weise in das staatliche Lenkungsinteresse hineingedrängt. Sperrt sich der einzelne gegen das, was ihm

Der staatliche Eingriff hat
sich nämlich geschickt
geschminkt, er hat sich als
«Vorteil» maskiert.

zum Beispiel als «Gemeinwohl» verkauft wird, stellt er sich gegen sein eigenes Wohl. Der Bürger denkt: «Wenn ich den Steuervorteil nicht nutze, dann bin ich der Lackierte. Dann bezahle ich ja gleichsam für den anderen mit!» Der Staat kann sich also ziemlich sicher sein, dass der Bürger um der Steuervermeidung willen genau das tut, was der Staat will.

Dabei arbeiten Steuerlast und Lenkungsinteresse wieder Hand in Hand: je höher die Steuerlast, desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass der Bürger nach Einsparmöglichkeiten sucht. Unter der Hand wandelt sich also die Handlungsfreiheit praktisch zur Entscheidungszumutung. Freiheit wird teuer. Ihre Nutzung wird zum Masochismus.

Wichtig ist: dieser «sanfte» Zwang wirkt als gleichschaltende Kraft viel intensiver als der gesetzliche. Der staatliche Eingriff hat sich nämlich geschickt geschminkt, er hat sich als «Vorteil» maskiert. Deshalb wird er individuell kaum negativ wahrgenommen. Er erzeugt selten Widerstand, weil er nicht als Unfreiheit erlebt wird. Wo kein offensichtlicher Zwang droht, da hat auch die individuelle Freiheit nicht mehr die Kraft, sich aufzubäumen. «Wieso, niemand zwingt mich doch?»

Im Gegenteil. Das staatliche «Angebot» verschafft dem einzelnen gar Erfolgserlebnisse. Es bringt ihn dazu, die Anpassung an die staatliche Lenkung als Frucht seiner Cleverness anzusehen. «Schaut her, wie es mir gelungen ist, Steuern zu sparen!» Der Wink mit dem Steuervorteil sieht so freundlich aus, als sei da gar nichts, wogegen man sich auflehnen könnte. Deshalb sehen die Leute subjektiv kaum, wie sie in ihrem Verhalten korrumptiert werden. Schleichen-de Gehirnwäsche? Unsinn! Vehement beharren sie auf ihrer Autonomie. Sie halten sich persönlich für unverwundbar gegenüber staatlicher Manipulation.

So wird das Sensorium der Bürger für staatliche Entmündigung abgestumpft, erzeugt kaum noch Einspruch

gegen das Umerziehen, Belagern, Besserwissen. «Der Staat meint es ja nur gut!» Längst haben wir uns daran gewöhnt, überall Rabatte, Bonuspunkte, Meilen zu kassieren. Keine Geheimpolizei bedroht uns, sondern unser eigenes Streben nach Vorteil. Der Grosse Bruder ist kein furchterregender Koloss mehr – er ist ein wohlmeinender Verführer.

Die Politik bedient sich zur Zurichtung der Bürger der selben Sozialpsychologie, die Sekten nutzen, um Herz und Verstand ihrer Anhänger zu erobern: «Geh schrittweise vor, mach keinen Druck, bleib im Hintergrund und betone die freie Wahl.» Die Inhalte der Botschaft mögen andere sein, ihre Form bleibt dieselbe. Beispielhaft zu sehen an der politischen Konjunktur der Selbstverantwortungsrhetorik. «Jeder hat es selbst in der Hand», heisst es allenthalben, was immer «es» sei. Gleichzeitig jedoch wird der Bürger permanent kanalisiert, in seiner Wahl beeinflusst, wird ihm ein Lebenskonzept verordnet. Dadurch stirbt das Bewusstsein für dieses «selbst in der Hand», und alles hofft ergeben auf das staatliche Märchen «Tischlein, deck dich!».

Genau das ist das Kernproblem der gesellschaftlichen Selbstblockade: in der Gestaltung der Rahmenbedingungen, die belohnen und bestrafen, verkommt die Selbstverantwortung zu einer «theoretischen» Position ohne lebenspraktische Wahrscheinlichkeit.

Der Steuerstaat ist eine bevormundende Macht, die ins einzelne geht, regelmässig und mild. Seine gütige Despotie wird unsichtbar, sie sinkt ein in die Mentalität der Leute. Wie das Gesundheitssystem, das sich immer auch die Kranken erschafft, die es heilen will, so erschafft sich der Steuerstaat die Nachfrage selbst. Er «erzieht» sich Menschen heran, die ihn brauchen und dadurch legitimieren. Seine geheime Dauerbotschaft: «Lerne nie, dein Leben selbst in die Hand zu nehmen!»

So produziert der Staat Menschen ohne Eigensinn, Menschen, die ohne seine Führung nicht mehr leben können. Ein erfolgreiches Konzept. Ein folgenschweres Konzept. Als Gesellschaft gelangen wir in die sozialhistorisch bedeutende Situation, dass Freiheit nicht mehr innerhalb des Staates, sondern nur noch gegen den Staat verwirklicht werden kann. Und wenn es stimmt, dass es keine «neutrale» staatliche Regelsetzung gibt, dann kann das nur heißen: möglichst wenig Regeln, peinliche Neutralität gegenüber den individuellen Lebenskonzepten der Leute – so sie nicht die Lebensführung anderer schmälern.

Wie Friedrich Dürrenmatt es so vortrefflich ausgedrückt hat: «Sei menschlich, nimm Abstand».

REINHARD K. Sprenger, geboren 1953, ist promovierter Philosoph, Unternehmensberater und Autor von «Vertrauen führt» und «Mythos Motivation» (beide Campus-Verlag).

Debatte // Die Schweiz & die EU

Anstatt der EU sollte die Schweiz lieber gleich der Welt beitreten

Die Welt ist gerade genug

André Utzinger

Die «Schweizer Monatshefte» führen eine Debatte, um die sich die Schweizer Politik noch drückt. Falls sich der Bilateralismus totläuft, soll dann die Schweiz mittelfristig der EU beitreten – oder lieber nicht? Ich habe die Debatte mit Interesse verfolgt; doch verstellt sie uns erstens den Blick auf das Wesentliche und ist zweitens gar nicht sonderlich relevant.

Zum ersten Punkt. Die Rolle der Schweiz muss zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht primär in der Umklammerung durch die EU analysiert werden, sondern im weiteren Kontext der Globalisierung als eines gegebenen ökonomischen, aber auch kulturellen und sozialen Prozesses. Nun sind die meisten Phänomene der Globalisierung des ausgehenden 20. und frühen 21. Jahrhunderts nichts sonderlich Neues, und der Begriff ist insofern überstrapaziert. Es gibt jedoch ein signifikantes Merkmal, das die Nationalstaaten und ihre Bürger vor grundsätzlich neuartige Herausforderungen stellt. Am griffigsten lässt sich dies mit dem erklären, was der britische Soziologe Anthony Giddens als Trennung zwischen *space* und *place* bezeichnet, zwischen einem indifferenten globalen Raum und einem persönlichen, lokal bestimmten Ort.

Gemeint ist, dass die Sphären sozialer Interaktion immer weniger an bestimmte örtliche Voraussetzungen gebunden sind. Was irgendwo im Welt-Raum passiert, kann Auswirkungen auf einen beliebigen Ort haben, an dem ich mich gerade befinde. Globalisierung bedeutet heute nicht einfach, dass die Welt «kleiner» und verflochter wird, sondern vor allem, dass der geographische Ort für immer mehr Handlungszusammenhänge schlicht keine Relevanz mehr besitzt (die vom amerikanischen Hypothekenmarkt durch globale Streuung der Risiken ausgegangene Finanzkrise liefert hierfür reichlich Anschauungsmaterial).

Diese Entwicklung trifft den Nationalstaat im Kern seiner Logik – der ungeteilten Souveränität über ein begrenztes Territorium. Was zur Debatte steht, weil faktisch bereits in vollem Gange, ist folglich die Transformation des Souveränitätsbegriffs. Davon kann auch die Bedeutung des Souveräns – d.h. des Volkes – nicht unberührt bleiben.

Frédéric Walthards Beitrag zur Debatte bringt dies symptomatisch zum Ausdruck. Der Frage, ob man ausserhalb